

Entwicklung der EU

Erasmus+

Filmförderung

Forschungszusammenarbeit

Landwirtschaft

Luftverkehr

Migration

Organisation der EU

Personenfreizügigkeit

Schengen

Siedlungsentwicklung

Techn. Handelshemmnisse

Verkehrsentwicklung

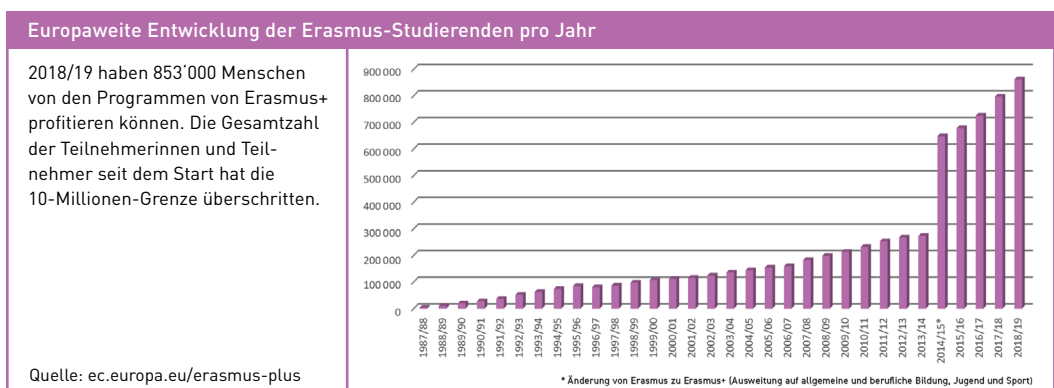
Wirtschaftliche Entwicklung

FAKTENBLATT: ERASMUS+

Studieren in Europa: Wertvolle Erfahrungen und bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt

Die grenzüberschreitende Kooperation von Hochschulen, der Austausch von Dozenten, Auslandssemester für Studierende: All diese Möglichkeiten bietet das EU-Programm Erasmus+. Auch die Schweiz hat stark profitiert, gilt seit 2014 aber nur noch als Drittland. Dieses Jahr wird nun das Nachfolgeprogramm von Erasmus+ für die Periode 2021-2027 umgesetzt. Der Schweizer Bundesrat prüft momentan eine Assoziierung.

Das Erasmus-Programm der Europäischen Union bietet Jugendlichen, Studierenden und Lehrkräften die Möglichkeit, ohne bürokratische Hürden einen Aufenthalt an einer ausländischen Hochschule zu absolvieren. Davon haben in den vergangenen Jahrzehnten auch sehr viele Menschen aus der Schweiz Gebrauch gemacht: bis 2014 waren es rund 90 000 Personen. Erasmus+, wie das erweiterte Programm seit 2015 genannt wird, bietet neben dem Zugang zu Bildungsangeboten auch Möglichkeiten, an Konferenzen teilzunehmen oder freiwillige Einsätze in Europa zu leisten – unabhängig davon, ob junge Menschen an einer Universität studieren, eine Lehre machen, noch zur Schule gehen, dort unterrichten oder in einem Sport- oder Jugendverband aktiv sind. Über diese internationale Erfahrung erwerben sie oft eine neue Sprache, aber auch Sozialkompetenzen, Offenheit, Selbstvertrauen und Entscheidungsfähigkeit. Studien beweisen, dass die in einem Austauschjahr erworbenen Fähigkeiten für den Erfolg in der Arbeitswelt äusserst wertvoll sind. Europaweit haben Erasmus-Studierende ein um 50 Prozent tieferes Risiko, ein Jahr nach ihrem Abschluss noch arbeitslos zu sein.



Für die Bildungsinstitutionen selbst schafft Erasmus+ wertvolle Synergien, indem ihnen das Programm erleichtert, mit europäischen Partnern grenzüberschreitende Projekte durchzuführen. Sie erarbeiten gemeinsame Kursmodule, bilden europaweite Netzwerke, tauschen Erfahrungen aus und können so voneinander profitieren.

Schweizer Bildungslandschaft hat stark profitiert

Die Schweiz hat sich seit den frühen 1990er-Jahren aktiv an den europäischen Bildungs- und Jugendprogrammen beteiligt, bevor das EWR-Nein zu einem ersten Bruch führte. Ab 1996 war nur noch eine indirekte Teilnahme möglich. Konkret: Die Schweiz musste einen grossen Teil der Kosten selbst tragen, und die Möglichkeiten, an Kooperationsprojekten zu partizipieren, waren für hiesige Bildungsinstitutionen stark begrenzt. Auch an den Programmen für die Jahre 2007 bis 2013 war die Schweiz zunächst nicht direkt beteiligt. Erst 2009 konnte mit der EU in einer politischen Absichtserklärung die Teilnahme an den Programmen «Lebenslanges Lernen» und «Jugend in Aktion» vereinbart werden. Das entsprechende Abkommen trat im



März 2011 in Kraft. Erasmus (European community action scheme for the mobility of university students) ist ein Teil von «Lebenslanges Lernen». Andere Teilprogramme befassen sich mit Schulbildung (Comenius), Berufsbildung (Leonardo da Vinci) und Erwachsenenbildung (Grundvig). Das Programm «Jugend in Aktion» deckt hingegen den Bereich der nicht formalen Bildung für junge Menschen ab, zum Beispiel Freiwilligenarbeit und Kooperationen zwischen Jugendorganisationen. Von 2011 bis Ende 2013 nahmen Schweizer Institutionen an beiden Programmen direkt teil, sie hatten dieselben Möglichkeiten wie Partner aus den anderen beteiligten Staaten. Während dieser Phase nutzten mehr als 16000 Studierende die Austauschmöglichkeiten Schweiz-EU, ungefähr gleich viele in beide Richtungen. Hinzu kamen viele Auslandspraktika. Die Mobilität der Studierenden und des Hochschulpersonals trug in der Schweiz wesentlich zur Internationalisierung des Tertiärbereichs sowie zum guten Funktionieren des Arbeitsmarkts und zum Wachstum der Wirtschaft bei. Zwischen 2011 und 2013 nahm die Mobilität in allen Sektoren zu. Schweizer Institutionen nutzten zudem die Möglichkeit, an Kooperationsprojekten teilzunehmen, um die Zusammenarbeit zwischen Hochschulen in ganz Europa zu stärken. Mittlerweile wurden alle diese Projekte unter dem Namen Erasmus+ zusammengefasst.

Übergangslösung bietet keinen vollwertigen Ersatz

Im Dezember 2013 begannen die Verhandlungen über die Beteiligung der Schweiz an Erasmus+. Im Gegensatz zu seinen Vorgängern umfasste das Programm auch aussereuropäische Aktivitäten und förderte neben der Mobilität der Lernenden auch verschiedene Arten von Kooperationsprojekten zwischen Bildungsinstitutionen. Doch die Gespräche wurden auf Eis gelegt, weil die Schweiz im Februar 2014 der Masseneinwanderungsinitiative zustimmte und die Personenfreizügigkeit mit dem jüngsten EU-Mitglied Kroatien vorerst nicht umsetzte. Der Bundesrat beschloss eine Schweizer Ersatzlösung und kreierte in der Folge das SEMP (Swiss-European Mobility Programme), das seither immer wieder verlängert wurde.

Bis 2013 hatten Schweizer Studierende quasi ein Generalabonnement für den europäischen Austausch. Jetzt müssen sie am Schalter Schlange stehen.

Dieses Ersatzprogramm ist mit Einschränkungen verbunden und bietet nicht die gleiche Vielfalt an Beteiligungsmöglichkeiten wie Erasmus+. Wie bereits zwischen 1996 und 2011 finanziert die Schweiz, was Mobilität angeht, fast alles wieder selbst. Zudem muss jede Hochschule den Austausch mit europäischen Partnern einzeln aushandeln, was einen immensen Aufwand bedingt. Im Fall der Universität Zürich handelt es sich um nicht weniger als 400 Einzelverträge. Auch die Teilnahme an Kooperationsprojekten ist stark eingeschränkt: Schweizer Institutionen können Projekte nicht koordinieren, weil die Schweiz nur den Status eines Drittlandes hat. Das ist für die Bildungslandschaft, aber auch für Jugendorganisationen deutlich schmerzhafter als die finanzielle Komponente. Bildlich gesprochen hatten die Schweizer Studierenden bis 2013 quasi ein Generalabonnement für den europäischen Austausch. Jetzt stehen sie am Schalter Schlange und müssen jedes Billett einzeln aushandeln. Nachdem die Schweiz die Personenfreizügigkeit mit Kroatien per Ende 2016 doch noch eingeführt hat, wäre eine vollwertige Teilnahme an Erasmus+ prinzipiell wieder möglich. Im Jahr 2021 hat ein neuer sechsjähriger Programmturnus begonnen. Das Budget wurde verdoppelt. Entsprechende Verhandlungen der Schweiz mit der EU sind noch nicht geführt worden. Im Bundesbudget 2021 wurden die Gelder für Erasmus+ jedoch bereits eingeplant. Die Kantone unterstützen den Bundesrat in seinem Mandat, Verhandlungen um eine umfassende Beteiligung der Schweiz an Erasmus+ 2021-2027 mit der EU aufnehmen zu wollen. Diese macht eine Schweizer Teilnahme bislang allerdings vom Abschluss des institutionellen Rahmenabkommens abhängig.

Der Alleingang ist keine Lösung!

Mitmachen unter: www.europapolitik.ch